



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

REX/439
Landwirtschaft, ländliche
Gebiete und nachhaltige
Entwicklung in den Ländern
der Östlichen Partnerschaft

Brüssel, den 16. September 2015

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zum Thema

Landwirtschaft, ländliche Gebiete und nachhaltige Entwicklung in den Ländern der Östlichen
Partnerschaft
(Initiativstellungnahme)

—————
Berichterstatlerin: **Dilyana Slavova**
—————

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschloss auf seiner 504. Plenartagung am 21./22. Januar 2015, gemäß Artikel 29 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung eine Initiativstellungnahme zu folgendem Thema zu erarbeiten:

Landwirtschaft, ländliche Gebiete und nachhaltige Entwicklung in den Ländern der Östlichen Partnerschaft
(Initiativstellungnahme).

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Außenbeziehungen nahm ihre Stellungnahme am 16. Juli 2015 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 510. Plenartagung am 16./17. September 2015 (Sitzung vom 16. September) mit 217 Stimmen bei 6 Enthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Die EU sollte stabile Partnerschaften mit ihren Nachbarn aufbauen. Die Zusammenarbeit mit den Ländern in unserer Nachbarschaft muss ausgebaut und vertieft werden, um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu ihnen weiter zu stärken.¹ Die Ereignisse in den Ländern Osteuropas und des südlichen Kaukasus haben auch Auswirkungen auf die EU. Durch die EU-Erweiterungen sind diese Länder in die nähere Nachbarschaft der EU gerückt, und Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in diesen Ländern beeinflussen in zunehmendem Maße auch Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in der EU. Eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern der Östlichen Partnerschaft (ÖstP): Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Republik Moldau, Ukraine und Weißrussland (sowie die Zusammenarbeit unter ihnen) ist für die Außenbeziehungen der EU von vorrangiger Bedeutung.
- 1.2 Angesichts der Bedeutung der Landwirtschaft sowie der vor- und nachgelagerten Bereiche für den Erhalt und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Gebiete will die EU Wachstum und Stabilität in den Ländern der ÖstP fördern.
- 1.3 Für die sechs Länder der ÖstP ist es nach wie vor vordringlich, durch den Verkehr von Kapital, Waren, Personen und Know-how die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Voraussetzung dafür ist ein sicheres Umfeld, ohne das eine nachhaltige Entwicklung undenkbar ist, und die Bekämpfung der weit verbreiteten Korruption.

¹ Gemeinsames Konsultationspapier "Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik", 4. März 2015.

- 1.4 Der EWSA befürwortet die Diversifizierung der ländlichen Gebiete in den Ländern der ÖstP, die in Form alternativer Tätigkeiten und Chancen für mehr Beschäftigung zusätzliche Einkommensquellen eröffnen könnte.
- 1.5 Der EWSA unterstützt die Europäische Kommission in ihren Bemühungen, mit allen Partnerländern einen ständigen Dialog über die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung einzurichten, und ist bereit, seinen Beitrag zur Umsetzung der Politik und der damit verbundenen Reformen für all die Länder zu leisten, die Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zu einem der Schlüsselbereiche der Zusammenarbeit mit der EU machen wollen. Der Großteil der EU-Investitionen sollte in die Länder fließen, die der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung vorrangige Bedeutung beimessen.
- 1.6 Der EWSA dringt darauf, dass die EU die Länder der ÖstP dabei unterstützt, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren langfristige Strategien für die Landwirtschaft und ländliche Entwicklung auszuarbeiten und die erforderlichen Verwaltungskapazitäten auf lokaler und nationaler Ebene aufzubauen.
- 1.7 Der EWSA bekundet seinen Wunsch nach einem strengen Überwachungssystem, das im Anschluss an die Inanspruchnahme der von der EU bereitgestellten Mittel durch die Länder der ÖstP strikt angewandt werden sollte.
- 1.8 Der EWSA fordert eine strategische Modernisierung des Agrarsektors in den Ländern der ÖstP, um vor Ort die nachhaltige Erzeugung gesunder Lebensmittel zu steigern. Der EWSA ist der Ansicht, dass die EU den Ländern der ÖstP auch weiterhin weitreichende Hilfe leisten sollte, um die gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Standards für ihre Agrarerzeugnisse zu verbessern und eigene Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums zu erarbeiten. Er hofft, dass das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen (DCFTA) gut umgesetzt und sich in diesem Zusammenhang als wirksam erweisen wird.
- 1.9 Der EWSA hält das zur Unterstützung des Agrarsektors ins Leben gerufene ENP-Programm für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ENPARD) für außerordentlich wichtig und hofft, dass es gemeinsam mit den laufenden oder geplanten Programmen in anderen Ländern zu nachhaltigen Fortschritten in der Landwirtschaft und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten der gesamten ÖstP-Region führen wird.
- 1.10 Der EWSA ist gern bereit, im Rahmen des ENPARD-Programms durch eine solide Partnerschaft zur Förderung der ländlichen Entwicklung und der nachhaltigen Entwicklung des Agrarpotenzials dieser Regionen einen Austausch von Erfahrungen und Know-how der EU durchzuführen. Dies wird dazu beitragen, nicht nur mehr Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch die Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern. Darüber hinaus ist die Förderung der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums ein wesentlicher Bestandteil des Engagements der EU für integratives Wachstum in den Nachbarstaaten.

- 1.11 Der EWSA dringt darauf, dass die Erfahrungen der EU bei der Reform der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in den Heranführungsländern sowie die unterschiedlichen Erfahrungen und Bemühungen der Partnerländer berücksichtigt werden. Der EWSA ruft dazu auf, besonderes Augenmerk auf die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Einbeziehung einschlägiger Interessenträger zu legen.
- 1.12 Mit dieser Stellungnahme verleiht der EWSA auch seinem Wunsch Ausdruck, die Zivilgesellschaft in weit größerem Maße als bisher an der Plattform 2 "Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik", ihrem Diskussionsforum zum Thema Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, dem Diskussionsforum zum Thema Umwelt und Klimawandel mit Blick auf die Förderung umweltfreundlicher Technologien, der Öko-Innovationen und der biologischen Vielfalt, dem Handelsforum für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Fragen sowie dem Diskussionsforum zum Thema KMU zu beteiligen; hier könnte der EWSA mit seinen Fachkenntnissen und Fähigkeiten einen wertvollen Beitrag leisten.
- 1.13 Die Unterstützung für die Landwirtschaft könnte zu einem Eckstein der wirtschaftlichen Reformen in den ÖstP-Ländern werden, auf den sich intensivere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der EU stützen könnten. Dies wäre gleichzeitig auch ein zuverlässiger Schutz gegen Störungen im Handel mit anderen Partnern.

2. **Hintergrund**

- 2.1 Die Östliche Partnerschaft umfasst sechs Länder in zwei geografischen Regionen: den südlichen Kaukasus mit Georgien, Armenien und Aserbaidschan in der Grenzregion zwischen Osteuropa und Südwestasien zwischen dem Schwarzen Meer und dem Kaspischen Meer sowie die Republik Moldau, die Ukraine und Weißrussland. Die Lage in den Ländern der ÖstP ist verhältnismäßig dynamisch. Zwei dieser Länder, Weißrussland und Armenien², sind bereits Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die Krise in der Ukraine dauert an und geht mit einer zunehmenden Verschlechterung der staatlichen Einrichtungen und der Rechtsstaatlichkeit einher, was offensichtlich dazu führt, dass in großem Maßstab Agrarflächen aufgekauft werden (land grabbing)³. An der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan kommt es nach wie vor zu Zwischenfällen, die sich negativ auf die Entwicklung der Region auswirken.

² Am 29. Mai 2014 unterzeichneten die Präsidenten Kasachstans, Weißrusslands und Russlands den Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion; der Beitrittsvertrag Armeniens wurde am 9. Oktober 2014 unterzeichnet und trat am 2. Januar 2015 in Kraft.

³ http://www.bundestag.de/presse/hib/2015_01/-/357564.

- 2.2 Der Ausschuss hat mehrere Stellungnahmen zu Themen im Zusammenhang mit der Östlichen Partnerschaft vorgelegt⁴, ohne allerdings auf die Probleme ländlicher Gebiete, der Landwirtschaft oder der nachhaltigen Entwicklung in diesen Ländern einzugehen. Im Mittelpunkt der vorliegenden Stellungnahme steht daher die Frage, wie eine bessere Entwicklung der ländlichen Gebiete ermöglicht und die Nachhaltigkeit in den Ländern der ÖstP erreicht werden kann.
- 2.3 Die EU ist sich der Bedeutung der Landwirtschaft, der ländlichen Gebiete und der nachhaltigen Entwicklung in den Ländern der ÖstP bewusst, und das ENPARD-Programm wurde auf den Weg gebracht, um diesen Bereich zu unterstützen.
- 2.4 Plattformen sind das wichtigste Instrument der multilateralen Komponente der Östlichen Partnerschaft. Plattform 2 ist darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche Integration zwischen den Partnerländern und der EU sowie die Konvergenz mit der EU-Politik voranzutreiben und dadurch einen Beitrag zur Verwirklichung der ÖstP-Ziele zu leisten. Plattform 2 zielt mit ihren verschiedenen Diskussionsforen und Arbeitsbereichen darauf ab, einen Beitrag zur intelligenten, nachhaltigen und integrativen Entwicklung einer freien Marktwirtschaft in den Partnerländern zu leisten.
- 2.5 Angesichts der Bedeutung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete für die weitere nachhaltige und integrative Entwicklung der ÖstP-Länder wurde Ende 2012 das Diskussionsforum für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung eingerichtet und mit dem ENPARD-Programm verknüpft.
- 2.6 Im Mittelpunkt des Diskussionsforums für Umwelt und Klimawandel steht die Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Assoziierungsabkommen und der schrittweisen Annäherung an den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU in den Bereichen Umwelt und Klimawandel. Dies umfasst unter anderem die Förderung der Anpassung an die EU-Standards, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren, den Aufbau von Verwaltungskapazitäten und eine Unterstützung bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft. In den Diskussionen und Tätigkeiten geht es unter anderem um die Themen Abfallreduzierung und Wiederverwertung, Luftverschmutzung, Artenvielfalt und Wasserwirtschaft. Mithilfe des Diskussionsforums wird auch versucht, in der Region einen Dialog über Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels aufzubauen, damit die Partnerländer durch Erhöhung ihrer Sichtbarkeit und Stärkung ihrer Verhandlungskapazität in den weltweiten Klimaverhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten können.
- 2.7 Die Östliche Partnerschaft hat im Jahr 2014 erhebliche Fortschritte gemacht. Die neuen Assoziierungsabkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine werden bereits vorläufig angewandt. Für Georgien und Moldau beinhaltet diese vorläufige Anwendung auch

4

[ABl. C 12 vom 15.1.2015, S. 48](#), [ABl. C 161 vom 6.6.2013, S. 40-45](#), [ABl. C 299 vom 4.10.2012, S. 34-38](#), [ABl. C 248 vom 25.8.2011, S. 37-42](#) sowie [ABl. C 277 vom 17.11.2009, S. 30-36](#).

die vertiefte und umfassende Freihandelszone, während im Falle der Ukraine dieser Teil des Abkommens bis Ende 2015 ausgesetzt wurde. Die Assoziierungsabkommen und die Abkommen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone gehen mit einer ehrgeizigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformagenda in den östlichen Partnerländern einher, um diese näher an die EU heranzuführen.

3. Allgemeine Bemerkungen

- 3.1 Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unterscheiden sich in den einzelnen Ländern der ÖstP hinsichtlich ihrer Natur, ihrer Zusammensetzung und relativen Größe – und all dies vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Traditionen, Kulturen und Organisationsmethoden. Das Klima, die natürlichen Ressourcen und die geographische Lage bestimmen die naturbedingten Einschränkungen.
- 3.2 Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Zweig in der Wirtschaft aller Länder der ÖstP. Große Teile ihrer Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, und nach Jahrzehnten der Schwierigkeiten bietet sie immer noch ein enormes Entwicklungspotenzial. Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, dass die Entwicklung eines ertragsstärkeren Agrarsektors den Landwirten und dem ländlichen Raum zugutekommt.
- 3.3 In vielen Ländern der ÖstP lebt ein großer Teil der Bevölkerung auf dem Land und bestreitet seinen Lebensunterhalt aus kleinen, nicht zusammenhängenden Flurstücken und der Nutzung kommunaler oder staatlicher Weidegebiete. Diese Kleinbauern haben nur sehr begrenzte Ressourcen und Wachstumsaussichten. In vielen Fällen zeichnen die Kleinlandwirte praktisch für die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung ihres Landes verantwortlich. Die Erzeugnisse kleiner landwirtschaftlicher Betriebe dienen häufig in erster Linie dem Eigenbedarf oder der lokalen Vermarktung. Der Verkauf von Überschüssen wird durch fehlende Verbindungen zu organisierten Märkten und durch den schlechten Zustand und die Bauqualität der Infrastruktur auf dem Lande zusätzlich erschwert. Die wichtigsten Themen (insbesondere im Südkaukasus) sind fehlende Zusammenarbeit, Schulung und Ausbildung in diesem Wirtschaftszweig und das Fehlen eines geeigneten Steuersystems.
- 3.4 Die Dynamik der Agrarmärkte und die Volatilität der Lebensmittelpreise haben deutlich gemacht, dass die Länder der ÖstP ihre Politik zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums neu gestalten müssen, was auch Maßnahmen für Kleinbauern mit einschließt. Einerseits müssen sie die Landwirtschaft modernisieren und ihre Produktion auf nachhaltige Weise steigern, andererseits müssen sie aber auch für die Entwicklung des ländlichen Raums und der Infrastruktur sowie für bessere Verdienstmöglichkeiten sorgen, um die Lebensqualität und die Zukunftsaussichten für Familien zu verbessern.
- 3.5 In den meisten Ländern werden derzeit Programme für Regionalentwicklung einschließlich entsprechender Pilotprogramme auf den Weg gebracht mit dem Ziel, durch alternative Tätigkeiten in ländlichen Gebieten Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu

schaffen. Mithilfe dieser Programme sollen die Entwicklung und die Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeit in den ländlichen Gebieten stimuliert und regionale Ungleichgewichte abgebaut werden.⁵

- 3.6 Die ländliche Bevölkerung in allen ÖstP-Ländern wurde lange Zeit als gegeben hingenommen und in der Politik und bei der Programmplanung häufig ignoriert. Eine der Folgen dieses politischen Vakuums war die schrittweise Entvölkerung der ländlichen Gebiete aufgrund der Abwanderung der erwerbsfähigen Personen in die Städte oder ins Ausland. Diese negativen demografischen Tendenzen bei gleichzeitigem Bedarf an einer dynamischen Erwerbsbevölkerung zur Förderung des Agrarsektors machen es erforderlich, dass die Qualität der Infrastruktur und der Gesundheitsversorgung verbessert, die Politik solider gestaltet und das institutionelle Engagement verstärkt wird.
- 3.7 Die Landwirtschaft im Südkaukasus schöpft ihr Potenzial nicht voll aus und weist derzeit eine geringe Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit auf. Die Verknappung natürlicher Ressourcen (Land, Wasser, Wälder usw.), schwierige Reliefbedingungen, Einbrüche bei der Erzeugung von Pflanzen und Tieren, die Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt und Schwankungen des ökologischen Gleichgewichts gehören zu den Faktoren, die der Entwicklung des Agrarsektors im Wege stehen. Armut, fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten und der niedrige Lebensstandard auf dem Land gehören zu den Faktoren, die die ländlichen Regionen des südlichen Kaukasus besonders schutzbedürftig machen.
- 3.8 In den ÖstP-Ländern gibt es immer noch Lücken im Bereich der Standards und Regulierungen, in der Gesetzgebung und bei den vergleichbaren Informationen. Es bedarf gemeinsamer Standards, die den internationalen und EU-Standards genügen, einschließlich der Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften, d.h. Kontroll- und Inspektionsmechanismen für bestehende Regelungen. Unzureichend entwickelte Systeme für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit, insbesondere in den Ländern des südlichen Kaukasus, erfordern viel Arbeit und Anstrengungen zur Einhaltung der Tiergesundheits- und Pflanzenschutzstandards, insbesondere der veterinärsanitären Standards für Tiere und tierische Erzeugnisse.
- 3.9 Der EWSA ist der Ansicht, dass alles getan werden muss, um zu gewährleisten, dass die Entwicklung eines auf Ertragssteigerung ausgerichteten Agrarsektors den Konsumenten, den Landwirten und allgemein den ländlichen Gebieten, die häufig zu den ärmeren Regionen eines jeden Landes gehören, zugutekommt. Vor diesem Hintergrund hat die EU in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit ihren östlichen Partnern ein umfassendes Programmpaket geschnürt. Diese Programme reichen von der Bereitstellung spezifischer technischer Hilfe für

⁵

Im Jahr 2014 brachte Georgien sein zweites Regionalentwicklungsprogramm auf den Weg, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller neun Regionen des Landes voranzutreiben und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. In Armenien wurde die Umsetzung des Unterstützungsprogramms für die regionale Entwicklung 2014 fortgesetzt. Die Republik Moldau profitiert von einem neuen Projekt, das darauf abzielt, die regionale Planung und die Projektverzeichnisse für die nördlichen, südlichen und zentralen Entwicklungsregionen zu verbessern. In Aserbaidschan wurde ein neues Programm zur regionalen Entwicklung gestartet.

großangelegte sektorspezifische Programme bis hin zu tiefgreifenden Reformen in den Bereichen Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Lebensmittelsicherheit. Der EWSA spricht sich auf jeden Fall dafür aus, die Wirksamkeit der Agrarreformen in den Ländern der ÖstP genau zu überwachen.

- 3.10 Der EWSA fordert die Kommission und das Europäische Parlament auf, sich im Rahmen eines erneuerten und vertieften politischen Dialogs über die strategische Planung und Reformen in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und nachhaltige Entwicklung auf Länderebene zu engagieren und dabei auf die Einhaltung der Vorschriften, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Erhöhung der Transparenz auf den inländischen Agrarmärkten hinzuwirken.
- 3.11 Zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern der ÖstP hält es der EWSA für vordringlich, örtliche landwirtschaftliche Organisationen einzurichten und durch Entwicklungsprojekte zu stärken, welche für eine bessere Vertretung der Bauern und ihre umfassende Einbeziehung in den Beschlussfassungsprozess sorgen.
- 3.12 In den ÖstP-Ländern sollte das Unternehmertum im Mittelpunkt der EU-Maßnahmen stehen, da in ländlichen Gebieten die Förderung des Unternehmertums zweifellos von großer Bedeutung ist; dies könnte beispielsweise durch die Schaffung eines geeigneten unternehmerischen Umfelds bewerkstelligt werden: durch Zugang zu Startkapital und Bankkrediten sowie durch geeignete steuerliche Anreize.
- 3.13 Der EWSA hält es für wichtig, die Rolle der Frauen und jungen Menschen in den bäuerlichen Betrieben und in der Gesellschaft im ländlichen Raum hervorzuheben und sie im Rahmen der Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums umfassender in die berufliche Ausbildung und in spezifische Maßnahmen einzubeziehen.
- 3.14 Der EWSA hofft, dass das Diskussionsforum zum Thema Umwelt und Klimawandel die folgenden drei Projekte als Teil der Plattform 2 "Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik" erfolgreich durchführen kann: Gemeinsames Umweltinformationssystem (SEIS)⁶, Projekt GREEN⁷ und das Klima-East-Paket⁸.
- 3.15 Der EWSA ruft die Kommission und das Europäische Parlament dazu auf, in ihren Bemühungen um die Verbesserung der umweltpolitischen Governance und der Systeme zur

⁶ Dieses Projekt zielt darauf ab, den Umweltschutz in den Ländern der ÖstP durch die Ausweitung der SEIS-Grundsätze auf diese Region zu fördern.

⁷ Das Gesamtziel des Projekts GREEN besteht darin, die Partnerländer in ihrem Bemühen um den Aufbau einer ökologischeren Wirtschaft durch die Abkoppelung des Wirtschaftswachstums von der Umweltzerstörung und der Ausbeutung der Ressourcen zu unterstützen.

⁸ Mit dem Klima-East-Paket sollen in den östlichen Nachbarländern Maßnahmen für den Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel gefördert werden mit dem Ziel, in den Bereichen Umwelt und Klimawandel nach und nach eine Angleichung an den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU zu erzielen.

Datenerhebung und -verwaltung in den ÖstP-Ländern nicht nachzulassen, ihnen beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel zur Seite zu stehen, Umweltschutzmaßnahmen vorrangige Bedeutung beizumessen sowie durch nachhaltige Verbrauchs- und Produktionsmuster mit gutem Beispiel voranzugehen.

- 3.16 Der EWSA erkennt die Bedeutung des Programms für nachhaltige Entwicklung "Ökologisierung der Wirtschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (EaP GREEN)" an, das von der OECD in Zusammenarbeit mit der UNECE, dem UNEP und der UNIDO durchgeführt wird, um die Länder der ÖstP bei der Ökologisierung der Wirtschaft zu unterstützen.

4. Länderspezifische Bemerkungen

4.1 Armenien

- 4.1.1 Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Armenien – etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt in dünn besiedelten ländlichen Bergregionen, in denen die extensive und auf die örtliche Vermarktung ausgerichtete Landwirtschaft eine wichtige Quelle der Existenzsicherung darstellt. Praktisch die gesamte Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft (etwa 97%) wird von Kleinbetrieben erwirtschaftet.

- 4.1.2 Armenien hat eines der umfassendsten Reformprogramme durchgeführt und bis Mitte 1994 einen Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche privatisiert. Dadurch wurde das Land in mehr als 1,2 Millionen Parzellen aufgeteilt.

- 4.1.3 Armenien verfügt nur über begrenzte Landressourcen; die landwirtschaftlich nutzbare Fläche macht lediglich 16,8% der Gesamtfläche des Landes aus. Die fruchtbaren Vulkanböden eignen sich für den Anbau von Weizen und Gerste sowie als Weideflächen für Tiere. Zu den bewässerten Kulturen gehören Aprikosen, Pfirsiche, Pflaumen, Äpfel, Kirschen, Walnüsse, Quitten, Feigen, Granatäpfel und andere Früchte sowie Weintrauben, die Grundlage für den weltweit bekannten Weinbrand.

- 4.1.4 Im Juli 2013 wurden die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen einschließlich eines tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens (DCFTA) abgeschlossen. Da Armenien jedoch im September 2013 angekündigt hatte, der Eurasischen Zollunion beitreten zu wollen, wurde das mit einer Mitgliedschaft in der Zollunion unvereinbare Assoziierungsabkommen nicht unterzeichnet. Die Europäische Union wird die Zusammenarbeit mit Armenien in allen Bereichen fortsetzen, in denen dies jetzt – nach der Entscheidung des Landes – noch möglich ist.

4.2 **Aserbaidshon**

- 4.2.1 Die Wirtschaft Aserbaidshons beruht auf Öl und Gas als dem wichtigsten Wirtschaftssektor, und die Landwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft außerhalb des Ölsektors. Fast die Hälfte der Bevölkerung Aserbaidshons lebt in ländlichen Gebieten, und die Landwirtschaft bildet ihre Existenzgrundlage.
- 4.2.2 Am weitesten verbreitet sind Mischbetriebe mit ähnlichen Anbauformen. Die wichtigsten Anbaukulturen in Aserbaidshon sind landwirtschaftliche Exportprodukte – Weintrauben, Baumwolle, Tabak, Zitrusfrüchte und Gemüse. Zu den wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehören darüber hinaus Tiere, Milcherzeugnisse sowie Wein und Spirituosen.
- 4.2.3 Im Jahr 2010 nahmen die EU und Aserbaidshon ihre Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen auf (aufgrund des noch anhängigen Antrags auf Beitritt zur WTO ohne das tiefgreifende und umfassende Freihandelsabkommen). 1997 stellte die Regierung Aserbaidshons beim WTO-Sekretariat einen offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft in der WTO, und die Gespräche darüber sind noch nicht abgeschlossen.

4.3 **Weißrussland**

- 4.3.1 In Weißrussland ist etwa ein Zehntel der Arbeitskräfte im Agrarsektor beschäftigt, der von großen kollektiven und staatlichen Landwirtschaftsbetrieben dominiert wird. Es überwiegen Mischbetriebe mit Ackerbau und Viehzucht. Kartoffeln, Zuckerrüben, Gerste, Weizen, Roggen und Mais sind weitere wichtige Anbaukulturen; ein großer Teil des Getreides wird als Viehfutter verwendet. In der Viehzucht überwiegt die Rinder-, Geflügel- und Schweinehaltung. Fast zwei Fünftel Weißrusslands sind von Wäldern bedeckt, die für die Produktion von Holz- und Papiererzeugnissen genutzt werden.
- 4.3.2 Die Ratifizierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Weißrussland (verhandelt im Jahr 1995) liegt seit 1997 als Reaktion auf die politische Lage im Land auf Eis.
- 4.3.3 1993 stellte Weißrussland bei der WTO einen Antrag auf Mitgliedschaft. Der Beitrittsprozess ist noch nicht abgeschlossen.

4.4 **Georgien**

- 4.4.1 Für die Bevölkerung in Georgien ist die Landwirtschaft von wesentlicher Bedeutung, da sie in den ländlichen Gebieten, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebt, ein wichtiges Sicherheitsnetz bildet. Der ländliche Raum ist stark fragmentiert – 95% der Landwirte sind Kleinbauern mit gewöhnlich etwa 1,2 ha Land und zwei Kühen pro Familie. In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde diese Zersplitterung durch den

Privatisierungsprozess noch verstärkt, der zum Entstehen einer neuen, etwa eine halbe Million "Bauern" umfassenden Kategorie von so genannten selbstständigen Landwirten führte.

4.4.2 Milch und Fleisch sind die hochwertigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Landes. Tierhalter haben nur sehr wenig Futtermittel guter Qualität für ihre Tiere und sind darauf angewiesen, ihnen kostenloses oder sehr kostengünstiges Futter zu geben, d.h. sie auf die Weide zu treiben und sie im Winter mit Heu zu füttern. Dies führt nicht nur zu geringen Milcherträgen, sondern macht darüber hinaus eine wettbewerbsfähige Fleischerzeugung extrem schwierig. Ein weiterer wichtiger Teil des Agrarsektors ist die Weinproduktion. Die Landwirtschaft konzentriert sich in erster Linie in den fruchtbaren Überschwemmungsgebieten der Flüsse, und die wichtigsten Erzeugnisse sind Zitrusfrüchte, Weintrauben und Nüsse.

4.4.3 Die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Georgien standen im Zeichen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, das nunmehr durch das am 27. Juni 2014 unterzeichnete und am 1. September 2014 vorläufig in Kraft getretene Assoziierungsabkommen einschließlich eines tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens (DCFTA) ersetzt wurde. Das Freihandelsabkommen enthält ehrgeizige Zugeständnisse in Bezug auf den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Der Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der EU in die Republik Georgien ist vollständig liberalisiert.

4.5 **Republik Moldau**

4.5.1 Für die Republik Moldau ist die Landwirtschaft außerordentlich wichtig. Die landwirtschaftliche Nutzfläche macht etwa 75% der Gesamtfläche des Landes aus, und ein Großteil dieser Fläche wird für den Anbau von Wechselkulturen genutzt. Auf etwa einem Zehntel des Landes werden Dauerkulturen angebaut. Die Mehrheit der Menschen in Moldau lebt in ländlichen Gebieten. 26,4% der Erwerbsbevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, in der 14,6% des nationalen BIP erwirtschaftet werden.

4.5.2 Durch die Bodenreform kam es zu einer strukturellen Änderung in der Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen. Infolge der Privatisierung in den neunziger Jahren ist ein großer Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in kleine Privatparzellen aufgeteilt. Infolge des Privatisierungsprozesses beträgt die durchschnittliche Größe des Landbesitzes etwa 1,4 Hektar, und die landwirtschaftliche Nutzfläche wird je nach Art des Landes (Ackerland, Plantagen, Weinanbau) weiter in etwa eine Million einzelne Parzellen unterteilt. Etwa 26,2% bzw. 0,66 Mio. Hektar der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche sind öffentliches Eigentum, während 73,8% bzw. 1,84 Mio. Hektar in Privatbesitz sind und/oder privat genutzt werden.

4.5.3 Der Ackerbau macht mehr als zwei Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfung des Landes aus, während die Tierhaltung und Dienstleistungen mit etwa 30% bzw. 2,4% zu Buche schlagen. Trauben und Milch sind die hochwertigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Landes.

4.5.4 Seit 1998 standen die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau im Zeichen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, das nunmehr durch das am 27. Juni 2014 unterzeichnete und am 1. September 2014 vorläufig in Kraft getretene Assoziierungsabkommen einschließlich eines tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens (DCFTA) ersetzt wurde.

4.6 **Ukraine**

4.6.1 Der Ackerbau ist in der Ukraine hoch entwickelt, was zum Teil auf die fruchtbaren Böden und das günstige Klima zurückzuführen ist. Die Getreide- und Kartoffelerträge der Ukraine gehören zu den höchsten in Europa, und darüber hinaus gehört das Land zu den weltweit größten Erzeugern von Zuckerrüben und Sonnenblumenöl. Die Tierhaltung in der Ukraine ist nicht so weit entwickelt wie der Ackerbau, doch sind auch hier die Gesamterträge wesentlich höher als in den meisten übrigen Ländern Europas.

4.6.2 Im Zeitraum 2007 bis 2011 wurde ein neues Assoziierungsabkommen einschließlich eines tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens ausgehandelt. Dieses Abkommen wurde 2012 paraphiert. Am 21. März 2014 wurden endlich die politischen Teile des Assoziierungsabkommens unterzeichnet, und die Unterzeichnung der übrigen Teile des Abkommens einschließlich des tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens erfolgte am 27. Juni 2014. Seit dem 23. April 2014 gewährt die EU der Ukraine einseitig autonome Handelspräferenzen, um das Land in seiner aktuellen Lage zu unterstützen.

4.6.3 Das von der EU finanzierte Projekt "Verbesserung des Kontrollsystems für Lebensmittelsicherheit in der Ukraine (IFSSU)" ging im Juli 2014 an den Start und zielt darauf ab, die Qualität der Lebensmittel in der Ukraine zu verbessern und das Vertrauen der Verbraucher in die nationalen Erzeugnisse zu stärken. Die EU unterstützt darüber hinaus den staatlichen Veterinär- und Pflanzenschutzdienst der Ukraine, um das System zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit "vom Hof bis auf den Tisch" zu verbessern. Mit einem Etat in Höhe von fast 3,8 Mio. EUR für 33 Monate ist das IFSSU-Projekt Teil des Schwerpunktbereichs "Lebensmittel- und Ernährungssicherheit".

5. **Die Rolle des ENPARD-Programms**

5.1 Das Programm ENPARD wurde durch zwei gemeinsame Mitteilungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes vom März bzw. Mai 2011 ins Leben gerufen und ist Bestandteil des Engagements der EU für integratives Wachstum und Stabilität in ihrer Nachbarschaft, durch das der potenziellen Bedeutung der Landwirtschaft für die Ernährungssicherheit, die nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln und die Beschäftigung auf dem Lande Rechnung getragen wird.

5.2 Der Dialog über ENPARD steht allen Partnerländern offen, und die EU ist bereit, ihren Beitrag zur Umsetzung der ENPARD-Maßnahmen und der damit verbundenen Reformen in

all den Ländern zu leisten, die Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zu einem der Schlüsselbereiche der Zusammenarbeit mit der EU machen wollen. Dazu gehört auch, dass die EU die Partnerländer dabei unterstützt, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren langfristige Strategien für die Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zu erarbeiten und die erforderlichen institutionellen Kapazitäten auf lokaler und nationaler Ebene aufzubauen.

- 5.3 In Georgien liegen bereits erste Ergebnisse des Programms vor: das Gesetz über landwirtschaftliche Genossenschaften, das Netz von 54 "Informations- und Beratungszentren für die Agrarpolitik" usw. Am 11. März 2014 unterzeichnete die Europäische Union vier Finanzhilfvereinbarungen in Höhe von insgesamt 15 Mio. EUR zur Unterstützung von Kleinbauern im Rahmen der ENPARD-Initiative in Georgien. Im Rahmen dieser auf alle Regionen Georgiens ausgerichteten Projekte wird technische Hilfestellung für die Gründung von mehr als 160 Genossenschaften geleistet. Diese Genossenschaften sollen es Kleinbauern ermöglichen, sich zu organisieren und Größenvorteile zu erzielen, ihre Effizienz zu steigern und ihre Marktanbindung zu verbessern. Die Unterstützung für Georgien im Rahmen des Programms ENPARD beläuft sich auf insgesamt 52 Mio. EUR für fünf Jahre (März 2013 bis März 2018).
- 5.4 Für Armenien stellte die EU in den Jahren 2011-2013 insgesamt 157 Mio. EUR bereit (2007-2010 waren es noch 98,4 Mio. EUR). Im Dezember 2013 stellte die Europäische Union weitere Mittel in Höhe von 41 Mio. EUR bereit, um im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik die Zivilgesellschaft, die regionale Entwicklung und die Landwirtschaft in Armenien zu fördern. Von diesem Gesamtbetrag waren 25 Mio. EUR für die Durchführung der ENPARD-Initiative in Armenien bestimmt. Diese Mittel werden in erster Linie dazu genutzt, die Leistungsfähigkeit der einschlägigen landwirtschaftlichen Organisationen zu erhöhen, den Aufbau der Bauernverbände voranzutreiben, die Agrarstatistiken weiterzuentwickeln und den Zugang der Bürger Armeniens zu erschwinglichen Nahrungsmitteln zu erleichtern. Darüber hinaus sollen dadurch auch die Lebensbedingungen auf dem Land verbessert werden – durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften und durch Weiterbildungsprogramme für die Arbeitskräfte.
- 5.5 In Moldau hat sich das seit 2010 durchgeführte Programm "Die Belebung der Wirtschaft im ländlichen Raum" als nützliches Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Provinzen erwiesen. Für den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Moldau und der EU in den Jahren 2014-2017 wurden Landwirtschaft und ländliche Entwicklung als Schwerpunktbereiche festgelegt, die in diesem Zeitraum mit 100-120 Mio. EUR gefördert werden. In diesem Zusammenhang wurde im Sommer 2014 ein umfassendes ENPARD-Programm für Moldau in Höhe von 64 Mio. EUR angenommen, das seit Anfang 2015 durchgeführt wird. Durch Budgethilfen und technische Hilfestellung wird das Programm dazu beitragen, eine von der Regierung erarbeitete umfassende und auf lange Sicht angelegte Entwicklungsstrategie umzusetzen. Diese Finanzmittel tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors zu erhöhen und die Debatte über die Entwicklung neuer politischer Strategien zu vertiefen.

6. Die Rolle des EWSA

- 6.1 In dem Bewusstsein der grundlegenden Rolle der Zivilgesellschaft in den Ländern der ÖstP ist der EWSA bereit, eine aktive Rolle zu übernehmen und sein Fachwissen im Hinblick auf die Schaffung eines effizienteren Agrarsektors bereitzustellen, insbesondere dadurch,
- dass er die systematische Erfassung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Bereichen Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung unterstützt und die aktuelle Lage durch einen offenen und integrativen Dialog mit einer breiten Palette von Akteuren zu verbessern hilft;
 - dass er durch den Austausch von Fachwissen einschließlich der Erfahrungen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten einen Beitrag dazu leistet, spezifische Kriterien und Prozesse für den Aufbau wirklich repräsentativer zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Bereichen Landwirtschaft und Umweltschutz festzulegen und diese in die Beschlussfassung der ÖstP-Länder einzubinden;
 - dass er für den Austausch bewährter Vorgehensweisen in Bereichen wie Landwirtschaft, Netze für die Entwicklung des ländlichen Raums, nachhaltige Entwicklung, unternehmerische Initiative und soziale Verantwortung der Unternehmen zur Verfügung steht und
 - dass er aktiver an der Arbeit der Plattform 2 "Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik" mitwirkt, insbesondere in dem Diskussionsforum zum Thema Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, aber auch in dem Diskussionsforum zum Thema Umwelt und Klimawandel im Hinblick auf die Förderung umweltfreundlicher Technologien, der Öko-Innovationen und der biologischen Vielfalt.

Brüssel, den 16. September 2015

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Henri Malosse

*

* *

NB: Anhänge auf den folgenden Seiten.

Anhang 1⁹
Hilfe der EU für die Länder der Östlichen Partnerschaft (2014-2020)

Land	Mittel für 2014-2017	Schwerpunkt	Vorläufige Zuweisung
Armenien	140 - 170 Mio. EUR	Entwicklung der Privatwirtschaft	35%
		Reform der öffentlichen Verwaltung	25%
		Justizreform	20%
Aserbaidschan	77 - 94 Mio. EUR	Regionale und ländliche Entwicklung	40%
		Justizreform	20%
		Bildung und Kompetenzaufbau	20%
Weißrussland	71 - 89 Mio. EUR	Soziale Inklusion	30%
		Umwelt	25%
		Lokale/regionale Wirtschaftsentwicklung	25%
Georgien	335 - 410 Mio. EUR	Reform der öffentlichen Verwaltung	25%
		Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	30%
		Justizreform	25%
Moldau	335 - 410 Mio. EUR	Reform der öffentlichen Verwaltung	30%
		Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	30%
		Polizeireform und Grenzmanagement	20%
	Mittel für 2014		
Ukraine	355 Mio. EUR	Sondermaßnahme: Vertrag über den Staatsaufbau	

*

* *

⁹

Informationen von der Website des Europäischen Auswärtigen Dienstes: http://eeas.europa.eu/enp/documents/financing-the-enp/index_en.htm.

Anhang 2

Joint Statement by the Republic of Armenia, the Republic of Belarus, Georgia, the Republic of Moldova and Ukraine on Support for the Development of Rural and Agricultural Advisory Systems

Riga, 16 April 2015

Referring to the International conference "Rural and Agricultural Advisory Systems (RAAS): Best Practices and Experience in the Eastern Partnership", held on April 15-16, 2015 and organized within the framework of the Latvian Presidency of the Council of the European Union and the Eastern Partnership Panel on Agriculture and Rural Development, we, the Ministers responsible for agriculture and rural development, jointly state that:

We reaffirm the importance of the Eastern Partnership initiative and its contribution to cooperation in the field of agriculture and rural development, in particular by sharing best practices and experience in development and implementation of inclusive, sustainable policies and other solutions for the sector.

We emphasize the priority of development of rural and agricultural advisory systems as they provide professional expertise and support, as well as life-long learning opportunities that are all crucial for the economic growth. To this objective, we recognise the importance of a conducive and transparent regulatory environment for successful and efficient functioning of the advisory services. We recognise the need to further strengthen institutional capacity of rural and agricultural advisory systems.

We look forward to promoting exchanges between the public authorities in charge of RAAS and to facilitating exchanges and networking between the advisory services, be it public or private, among our countries and the EU Member States to benefit from one another best practices and potential synergies.

Moreover, we consider as important the following aspects of the Eastern Partnership cooperation in the field of agriculture:

- Further deepening relations and cooperation in the field of agriculture and rural development between the European Union and its Member States and our countries,
- the European Union's assistance to support our reform agendas in the field of agriculture and rural development,
- Strengthening the business dimension of the Eastern Partnership by working together for development of agricultural entrepreneurship.

Armen Harutyunyan



Deputy Minister of Agriculture
of Armenia

Leanid Marynich



First Deputy Minister of
Agriculture and Food of the
Republic of Belarus

Otar Danelia



Minister of Agriculture
of Georgia

Ion Sula



Minister of Agriculture and Food Industry
of the Republic of Moldova

Oleksii Pavlenko



Minister of Agrarian
Policy and Food of Ukraine